

Im Einsatz für unsere Demokratie: Was brauchen Ehrenamtliche?

# Parlamentarischer Abend des SoVD

Am 26. September richtete der SoVD-Landesverband Niedersachsen seinen diesjährigen Parlamentarischen Abend im Alten Rathaus Hannover aus. Der Verband konnte zahlreiche Gäste aus der Landespolitik, Vertreter\*innen der demokratischen Fraktionen SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen, Vertreter\*innen befreundeter Verbände sowie Kooperationspartner\*innen begrüßen. Neben Zeit zum Netzwerken stand die Stärkung der Demokratie im Mittelpunkt des Abends. Hierzu fand eine Talk-Runde statt, die die Bedeutung des ehrenamtlichen Engagements für die Gestaltung und Erhaltung der Demokratie beleuchtete.



Landtagspräsidentin Hanna Naber (SPD) sprach beim Parlamentarischen Abend ein Grußwort.



Talk-Runde mit Ulrike Bartels-Kinne, Kristin Harney, Uta Saenger und Moderatorin Stefanie Jäkel (v.l.)

Fotos (4): Martin Bargiel

In der Talkrunde schilderten Uta Saenger (Omas gegen Rechts), Kristin Harney (Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus und für Demokratie) und Ulrike Bartels-Kinne (SoVD) die täglichen Herausforderungen des ehrenamtlichen Engagements für Demokratie. Sie erörterten unter anderem auch, welche Unterstützung Ehrenamtliche seitens der Politik für ihre Arbeit benötigen.

Der Abend zeigte, was wichtig ist, um ehrenamtliches Engagement allgemein und insbesondere gegen den erstarkten Rechtspopulismus dauerhaft zu ermöglichen: Entscheidend sind zunächst gute Rahmenbedingungen – dies kann etwa durch die kostenlose Weiterbildung und Qualifizierung von Ehrenamtlichen sowie die Nutzung von Bildungsurlaub für diese Angebote sichergestellt werden.

Eine weitere Herausforderung beim ehrenamtlichen Engagement ist die zeitliche Vereinbarkeit mit einer Berufstätigkeit. Unterstützen Arbeitgeber\*innen ehrenamtliche Tätigkeiten ihrer Arbeitnehmer\*innen, fördert dies das gesellschaftliche Engagement effektiv. Dafür

müssen flexible Arbeitszeiten, Teilzeitmodelle und die Möglichkeit des Homeoffices angeboten werden.

Auch muss Ehrenamt für alle Menschen – barrierefrei – zugänglich sein. Menschen mit Behinderung, die bei der Ausübung ihres Ehrenamtes auf Assistenz angewiesen sind, müssen durch einen Rechtsanspruch auf bedingungslose Gewährung einer Assistenz unterstützt werden.

Die Talk-Runde stellte auch deutlich heraus, dass es wichtig ist, eine dauerhafte Finanzierung zivilgesellschaftlicher Initiativen gegen Rechtsextremismus sicherzustellen – wie beispielsweise der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus und für Demokratie Niedersachsen. Eine unklare Haushaltslage in Bund und Land dürfe nicht zulasten dieser hochprofessionellen und wichtigen Beratungsstrukturen gehen.

Inzwischen haben sich demokratiefeindliche Akteur\*innen stark professionalisiert. Daher müsse der Einsatz für die Werte der Demokratie ebenso von hauptamtlicher Seite konsequent geführt werden und nicht allein ehrenamtlich Engagierten überlassen werden.



Sebastian Lechner (CDU-Fraktionsvorsitzender), Hildegard Hinderks (stellv. Verbandsratsvorsitzende des SoVD in Niedersachsen) und Dirk Swinke (Vorstandsvorsitzender des SoVD in Niedersachsen) (v.l.)



Landtagsvizepräsidentin Meta Janssen-Kucz (Bündnis 90/Die Grünen) und Dirk Swinke

Mehr Engagement gegen Altersarmut nötig / „Internationaler Tag für die Beseitigung der Armut“ am 17. Oktober

## SoVD kritisiert Nullrunde bei Grundsicherung

Es bleibt dabei: Das Gesicht von Altersarmut in Deutschland ist weiblich. Über 20 Prozent der Frauen sind betroffen. Anlässlich des „Internationalen Tags für die Beseitigung der Armut“ am 17. Oktober macht sich der SoVD in Niedersachsen sowohl für eine Erhöhung der Regelsätze in der Grundsicherung als auch für eine konsequentere Bekämpfung der Strukturen stark, die Frauen in die spätere Altersarmut treiben.

Etwa jede fünfte Frau hat im Alter zu wenig Geld zum Leben. Bei Männern liegt die Zahl deutlich niedriger. „Jeder Mensch, der unter dem Existenzminimum leben muss, ist ein Mensch zu viel. Die Zahlen zeigen jedoch, dass beim Kampf gegen Altersarmut insbesondere die Senior\*innen in den Mittelpunkt gerückt werden müssen“, betont Dirk Swinke, Vorstandsvorsitzender des SoVD in Niedersachsen. Besonders kritisch sieht er deshalb die geplante Nullrunde bei der Grundsicherung, die nicht nur das Bürgergeld, sondern auch

die Grundsicherung im Alter betrifft. „Die Aufmerksamkeit hat sich bislang nur auf die Nullrunde beim Bürgergeld konzentriert. Fakt ist aber: Auch armutsbetroffene Senior\*innen werden dann leer ausgehen“, so Swinke. Statt polemischer Debatten brauche es vielmehr einen Regelsatz von mindestens 750 Euro im Monat. „Nur dann ist ein armutsfestes Niveau gegeben“, sagt der Vorstandsvorsitzende.

Aus Sicht des größten niedersächsischen Sozialverbands dürfe man aber nicht nur versuchen, die aktuellen Brandherde

bei der Altersarmut zu löschen. „Es muss darüber hinaus viel mehr dafür getan werden, dass es erst gar nicht so weit kommt“, fordert Swinke. Ein besonders großes Problem sei dabei die Tatsache, dass Frauen überdurchschnittlich oft in Mini-Jobs oder zu einem niedrigen Lohn arbeiten und noch immer schlechter bezahlt werden als Männer. „Niedersachsen ist ein Niedriglohnland und Frauen sind von geringer Bezahlung besonders häufig betroffen. Deshalb brauchen wir nicht nur einen Mindestlohn von mindes-

tens 15 Euro, sondern auch eine Verbesserung der Tarifbindung“, so der niedersächsische SoVD-

Chef. Denn: Nur ein guter Lohn könne spätere Altersarmut verhindern.



Foto: gianni / Adobe Stock

Die Rentenhöhe reicht bei vielen Menschen im Ruhestand nicht aus, um die alltäglichen Kosten zu bezahlen.